

30 JAHRE NSU-KOMPLEX – 30 JAHRE MIGRANTIFA

Postmigrantische Selbstbehauptung von Mauerfall bis heute

Massimo Perinelli

Am 9. Juni 2004 explodierte auf der Keupstraße in Köln eine von Nazis gezündete Bombe mit dem Ziel, möglichst viele »nichtdeutsche« Menschen zu töten und zu verletzen und deren anliegende Geschäfte und Häuser zu zerstören. Dieser versuchte Massenmord durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), der nur durch glückliche Zufälle keine Todesopfer gefordert hat, steht in der Kontinuität einer rassistischen Konjunktur, die seit dem Mauerfall einer unbekannt Anzahl Menschen das Leben kostete und unter Migrantinnen und Migranten entsetzliches Leid verursachte.

Dostluk Sineması

Mit dem obigen Zitat eröffneten wir als Kollektiv Dostluk Sineması – Kino der Freundschaft – die Publikation »Von Mauerfall bis Nagelbombe«¹, die wir am 10. Jahrestag des Anschlags in türkischer und deutscher Sprache herausgegeben hatten und die den Menschen von der Keupstraße gewidmet ist.

Warum mit der Keupstraße beginnen? Die Keupstraße ist eine durch und durch migrantisch geprägte Laden- und Geschäftsstraße im Kölner Stadtteil Mülheim, einem typischen »Arbeiterviertel« um die ehemaligen Industrien und Gewerbegebiete des späten 19. Jahrhunderts auf der sogenannten Schäl Sick, der »schlechten« Rheinseite der Domstadt, wo seit dem Mittelalter diejenigen leben, die zwar gebraucht, aber nicht gewollt sind. Als die Fabriken im Zuge der allgemeinen Deindustrialisierung auch in West-Deutschland in den 1970er und

1980er Jahren allmählich schlossen, sollten auch die bis dahin darin schuftenden migrantischen Massendarbeiter*innen, die sogenannten Gastarbeiter, wieder zurück in ihre Herkunftsländer verschwinden. Aber da war es bereits zu spät, denn die Menschen blieben. Die ehemaligen Industriearbeiter*innen begannen, sich in den verlassenenen und zum Abriss freigegebenen Stadtteilen mit ihren nachgezogenen Familien anzusiedeln und setzten die verfallenen Mietshäuser auf eigene Kosten instand. Darin gründeten sie eigene kleine Familienbetriebe, viele davon Restaurants, Imbisse und andere Geschäfte, und schufen in Stadtteilen wie Berlin-Kreuzberg, Hamburg- Altona, München-Westend, Kassel-Nord-Holland, Dortmund-Nordstadt, Frankfurt-Westend oder eben Köln-Mülheim migrantisch geprägte Viertel und Kieze. Nicht zufällig wurden genau diese Orte die späteren Tatorte des NSU.

Die Keupstraße entwickelte sich bis Mitte der 2000er Jahre zu dem ökonomischen und kulturellen Aushängeschild türkisch geprägter Lebensweise in NRW. Zielsicher deponierten hier die Terrorist*innen des NSU an einem sonnigen Nachmittag kurz nach Schulschluss auf der belebten Straße ihre mit 800 Zimmermannsnägeln gefüllte Bombe, die über 20 ausschließlich migrantische Menschen schwer verletzte und viele Gebäude auf der Straße zerstörte. Den verletzten Passant*innen und Gewerbetreibenden wurden noch im Krankenhaus Speichelproben entnommen und sie wurden von der Polizei aggressiv befragt, denn sie galten von Anfang an als die einzig möglichen Verdächtigen.

Anderthalb Stunden nach der Explosion strich die Sondereinsatzzentrale der Polizei die allererste Theorie der Beamten vor Ort, dass es sich um einen terroristischen, mithin einen rechtsextremistischen Anschlag handeln könnte. Am nächsten Tag besiegelte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily diese Absage an eine professionelle polizeiliche Ermittlungsarbeit, wodurch die Weichen der künftigen jahrelangen Opfer-Täter-Umkehr gestellt wurden: Während einzig die Opfer der Bombe als Täter*innen galten, wurde – trotz zahlreicher Hinweise und schwerwiegender Indizien – keinen Millimeter weit und keine Sekunde lang in Richtung der rechten Szene ermittelt. Für die Betroffenen begann durch diese politische Entscheidung, der die Medien unkritisch folgten, eine Odyssee von Verdächtigungen, Unterstellungen, Isolierung, Diffamierung und Erpressung. Erst die Selbstenttarnung des NSU 2011 beendete die rassistische Vorverurteilung. Das Bekennervideo zwang die Öffentlichkeit, das zu akzeptieren, was alle Betroffenen und Familienangehörigen der Mord- und Anschlagsserie des NSU über Jahre wiederholten: Die Täter müssen Ausländerfeinde sein, der Hintergrund sei Rassismus.

Die Bombe nach der Bombe

Für die Menschen auf der Keupstraße fing im Juni 2004 mit den Schüssen und Bomben des Terrornetzwerkes der Prozess der Zerstörung lediglich an. Nach der Explosion rückte die Polizei ein und durchleuchtete die Community, säte gezielt Misstrauen und schaffte Verunsicherung. Die Presse flankierte und fabulierte von düsteren undurchdringlichen und gefährlichen Orten, Politiker*innen be-

klagten die Parallelgesellschaft und die Integrationsunwilligkeit der ›Fremden‹, und die Kölner Mehrheitsgesellschaft wandte sich ab und mied die Keupstraße für viele Jahre, was für zahlreiche Geschäftstreibende den Ruin bedeutete. Dieses Ineinandergreifen von behördlichen, medialen und gesellschaftlichen Maßnahmen, Diskursen und Reaktionen nannte die Initiative Keupstraße ist überall Jahre später den »NSU-Komplex«. Dieser Komplex nahm nicht durch eine Verschwörung oder einen finsternen Pakt Gestalt an, sondern durch eine sich scheinbar automatisch in Gang setzende, unabgesprochene, indes fein aufeinander abgestimmte Kollusion; sie zerstörte – fast – diese Community. Dass es all den anderen Angehörigen der NSU-Mordopfer genau gleich erging, ist mittlerweile bekannt. Auch sie wurden als einzige Verdächtige jahrelang bedroht, belästigt und durch behördliche und mediale Lügen sozial isoliert. Das völlige Schweigen der anfangs noch laut- stark Solidarität und Aufklärung einfordernden Betroffenen war Ende der 2000er Jahre das Ergebnis der Gewalt des strukturellen Rassismus im NSU-Komplex.

Als linke Anwälte und Mitarbeiterinnen der Opferberatung aus Berlin im Sommer 2012 eine erste öffentliche Informationsveranstaltung im Hinterhof eines Teppichhändlers auf der Keupstraße abhielten, zeigte sich, dass niemand der Betroffenen über »die Bombe« sprechen wollte. Zu tief saß die Verunsicherung der letzten Jahre und die Erfahrung, dass, wer über den Anschlag spricht, bald Besuch von der Polizei oder dem Finanzamt bekommen würde. Der Angriff auf die Keupstraße stellte für die Menschen vor Ort ein fast zehn Jahre währendes Trauma dar, dessen Symptom ein vollständiges Schweigen war.

Unter diesem Eindruck gründete sich die migrantisch selbstorganisierte Gruppe Dostluk Sineması und organisierte im Frühjahr 2013 eine mehrmonatige Film- und Veranstaltungsreihe auf der Keupstraße, die in immer anderen Cafés, Teestuben und Restaurants auf der Straße selbst stattfanden. Oftmals unter dem unwilligen Murren der Gäste räumten die Betreiber*innen der Läden Platz für Leinwand, Bühne und Stuhlreihen; unser Kollektiv drängte sich den Menschen der Keupstraße gewissermaßen auf. Von Anfang an versuchten wir, den Nagelbombenanschlag mit den rassistischen Erlebnissen der frühen 1990er Jahre in Verbindung zu setzen mit der These, dass der NSU nur aus der Logik der deutschen Vereinigung und ihrer Effekte verstanden werden könne.

Reclaim & Remember

So wurden auf der Keupstraße Filme über die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen gezeigt, über den Brandanschlag in Mölln, über Gewalt gegen Roma aus der Zeit nach der deutschen Vereinigung und natürlich Can Candans Film »Duvarlar – Mauern – Walls«.² Nach den Screenings sprach jeweils ein Gast über das jeweilige historische Ereignis, darunter auch Überlebende wie Emmanuel Adu Agyeman, der das Pogrom von Hoyerswerda erleben musste,³ sowie Ibrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlags in Mölln, der in den folgenden Jahren zu einer zentralen Figur für die solidarische Arbeit auf der Keupstraße werden sollte. Der eigentliche Zweck der Abende war jedoch, den Betroffenen der Keupstraße Mut zu machen, von der Bombe von 2004 und ihrem jahrelangen Erleiden des strukturellen Ras-

sismus zu sprechen. In der sich gegenseitig mitteilenden Perspektive der Betroffenen der rassistischen Welle in den 1990er Jahren und der Opfer der Nagelbombe lag der Beginn der Rückgewinnung des eigenen Erinnerns und der Reartikulierung des Wissens der Betroffenen im NSU-Komplex nach 2011. Man erkannte sich im Muster früherer Anschläge, denn bereits in den frühen 1990er Jahren existierte eine gesellschaftliche Kollusion von Behörden, Politik und Öffentlichkeit, die konsequent die Opfer rassistischer Gewalt als die eigentlichen Verantwortlichen für diese Gewalt erklärt hatte. Auch die damaligen Opfer mussten jahrzehntelang um Aufklärung, Gerechtigkeit und Erinnerung kämpfen – und müssen es bis zum heutigen Tag.

Während des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen zog sich die Polizei zurück, hielt jedoch zu Hilfe eilende Antifaschist*innen vehement auf, die Presse sprach von nicht mehr zu bewältigender »Asylantenflut«, die Justiz zog die Täter*innen nicht zur Verantwortung und die Politik gab Hilflosigkeit vor und verlautbarte, das Grundrecht auf Asyl per Grundgesetzänderung de facto abzuschaffen, um die verständliche Wut der Bevölkerung auf »Ausländer« wieder zu beruhigen. All das buchstabierte aus, was struktureller Rassismus bedeutet.

Auch der Fall der beiden von Jägern erschossenen Roma, die nachts über die Grenze nach Deutschland flüchteten, über den der Dokumentarfilm »Revision« (von Merle Kröger und Philip Scheffner) während der Veranstaltungsreihe berichtete, zeigt dieses Muster. Keiner der deutschen Schützen wurde verurteilt, während die Überlebenden der Gruppe der Roma erst festgenommen und dann in die Aufnahmestelle nach Rostock-Lichtenhagen verlegt wurden, wo sie anschließend Opfer des Pogroms wurden, nur

um danach abgeschoben zu werden.

Und auch der unermüdliche, aber zermürbende Kampf der Familie Arslan um ein würdiges Gedenken, der bis heute anhält, zeigte den Menschen der Keupstraße, dass jede Form der Erinnerung mühselig von den Betroffenen selbst erkämpft werden muss. Ibrahim Arslan nennt diese Intervention »Reclaim & Remember«, in der die »Opfer nicht die Statisten der Geschichte seien, sondern die Hauptzeugen des Geschehenen.«

Keupstraße ist überall

Ende 2013 wurde dann von Anwohner*innen, Antirassist*innen, Betroffenen und Ladenbetreiber*innen der Straße sowie unserer Gruppe Dostluk Sineması die Initiative Keupstraße ist überall in einem Hinterzimmer einer gastfreundlichen türkischen Teestube auf der Keupstraße gegründet, also an einem jener Orte, über die jahrelang die medialen Fantasien von krimineller Verschwörung und düsteren Parallelwelten kreisten. Von dort wurde die Solidaritätsarbeit sowie die kritische Prozessbegleitung und Unterstützung der zahlreichen Nebenkläger*innen der Keupstraße im NSU-Verfahren am Oberlandesgericht in München organisiert. Die Keupstraße war auch der Ausgangsort der bundesweiten Vernetzung von Initiativen an den anderen Orten des NSU-Terrors und der Organisation der Angehörigen und Familien der Ermordeten aus Hamburg, Rostock, Nürnberg, München, Dortmund und Kassel.

Die bundesweite Organisation stellte die Perspektive der Betroffenen zentral und förderte wieder zu Tage, was die Angehörigen und die Communities Jahre zuvor während der Anschlagsserie beständig gesagt hat-

ten. So wurde dem Bündnis ein Video der Demonstration in Kassel 2006 übergeben, wo die Familien Kubaşık aus Dortmund, Yozgat aus Kassel und Şimşek aus Nürnberg nur wenige Wochen nach der Ermordung von Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat eine Demonstration mit 4000 fast ausschließlich türkeistämmigen Teilnehmenden durchführten. Auf der Demo verlangten die Angehörigen vom deutschen Staat, die Täter endlich zu verhaften und die rassistische Mordserie zu beenden.

Immer deutlicher wurde, dass die Betroffenen über Jahre genau wussten, dass nicht nur Rassismus der Hintergrund der Mord- und Anschlagsserie war, sondern dass ein bundesweites Netzwerk von Neonazis dahintersteckte und dass es übergeordnete Strukturen geben müsse, die verhinderten, dass richtig ermittelt werde und die Taten aufgeklärt würden. Jahrelang und selbst noch nach der Selbstenttarnung wurden diese Stimmen ignoriert oder als Verschwörungstheorien abgetan. Doch nach und nach legten Recherchen offen, was die Angehörigen und Betroffenen im NSU-Komplex bereits zehn Jahre zuvor wussten. Sie erkannten die Muster des Rassismus aufgrund ihrer Migrationsbiographien ebenso, wie die Interviewten in Candans Film »Duvarlar – Mauern – Walls« Rassismus als grundlegende Struktur der deutschen Vereinigung unmittelbar im Moment des Mauerfalls erkannten.

Migrantisch situiertes Wissen

Das Wissen um die Mechanismen sozialer, politischer, ökonomischer, rechtlicher und repräsentativer Exklusion wurde in der Solidaritätsarbeit, die in der Keupstraße ihren

Anfang nahm und zu einer großen bundesweiten Organisation führte, zentral gestellt. Dieses migrantisch situierte Wissen wurde zum Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit dem Kampf um Erinnerung und dem Leid der Opfer, für die Benennung der Verantwortlichen des NSU-Komplex sowie für eine Vision einer nicht-rassistischen Gesellschaft.⁴ Der Begriff des situierten Wissens versucht analytisch zu fassen, was in der Vielstimmigkeit der Migrationsgesellschaft gesprochen wird. Er stammt ursprünglich von Donna Haraway, die damit in den späten 1980er Jahren weibliches Wissen über patriarchale Machtstrukturen bezeichnete, das sich mit den Realitäten von Herrschaft auseinandersetzen muss und sich darin kollektiv entwickelt und verbreitet. Haraways feministische Intervention lokaler und partikularer Wissensbestände gegenüber einer erlebten, indes normalisierten Gewalt schien präzise das zu beschreiben, was die Betroffenen des NSU artikulierten.

Hasan Yıldırım, der Kuaför auf der Keupstraße,⁵ sah den Täter vor seiner Ladenscheibe das Fahrrad abstellen, und er sah, dass er ein Deutscher war. Nachdem er noch im Krankenhaus der Polizei diese Mitteilung machte, galt er selbst in der Folge als Hauptverdächtiger. Arif Sağdıç, der ebenfalls von der Nagelbombe verletzt wurde, sagte während eines Verhörs der Polizei aus, dass es Nazis gewesen sein müssten, woraufhin er von den Beamten unmittelbar eingeschüchtert wurde. Sie legten einen Finger vor den Mund und warnten ihn: »Das wollen wir von dir nie wieder hören!« Fortan schwieg er. Semiya Şimşek aus Nürnberg, die Tochter des ersten Todesopfers Enver Şimşek, tat sich 2006 mit Gamze Kubaşık, der Tochter des in Dortmund erschossenen Mehmet Kubaşık und İsmail Yozgat, dem Vater von Halit Yozgat aus

Kassel zusammen, um die Taten und ihre Zusammenhänge an die Öffentlichkeit zu bringen, damit die Täter*innen gefasst werden könnten.

Sie alle wurden mit aller Gewalt mundtot gemacht und schwiegen schließlich bis zur Selbstenttarnung des NSU.⁶ Sie alle sprachen von konkreten gesellschaftlichen Orten aus und rekurrten auf individuelle wie kollektive Erfahrungen, die an diese gesellschaftlichen Positionen gebunden sind und die einerseits das Erleben von Ausgrenzungssituationen, aber ebenso ein Wissen um und Erkenntnisse über solidarische Netzwerke und Aneignungskämpfe teilen. In der scheinbar beliebigen Auswahl der Opfer durch den NSU – migrantische Kleinunternehmer in unterschiedlichen Städten – und in der anschließenden Opfer-Täter-Umkehr der Behörden erkannten viele der betroffenen Familien das terroristische Muster von Fremdmachung, Entrechtung und Verhinderung der Sesshaftwerdung, aber auch der Notwendigkeit, sich dagegen zu behaupten und sich zu organisieren. Und sie wussten das, was die Bundesanwaltschaft während des fünfjährigen NSU-Verfahrens in München bis zum Ende verschleierte und das Gericht mit seinen weitgehenden Freisprüchen der Mitangeklagten 2018 versuchte unsichtbar zu machen: Das sogenannte Kerntrio des NSU, die Zwickauer Zelle, war lediglich ein Teil eines bundesweiten Neonazi-Netzwerks, das an den Tatorten über Ortskenntnisse verfügte und mindestens logistisch half und nur deshalb so lange unentdeckt morden konnte, weil sie vor polizeilichen Ermittlungen geschützt wurden. Eine Verletzte der Nagelbombe drückte es in »Von Mauerfall bis Nagelbombe« folgendermaßen aus: »Die drei waren, um es einmal so zu formulieren, vielleicht nur die Zweige eines Baumes, aber

Bäume haben auch Wurzeln und stehen zusammen in einem Wald.«

Mauerfall und NSU

Der NSU in Thüringen war in den 1990er Jahren aus einer Struktur hervorgegangen, die von Nazi-Kadern aus dem Westen geschult und von V-Personen des Verfassungsschutzes finanziert, aufgebaut und vor Repression geschützt wurde, sich auf diverse Kameradschaften stützte und im bundesweiten Netzwerk von Blood & Honor aktiv war. Heute wissen wir das aufgrund von journalistischen und antifaschistischen Recherchen.⁷ Aber weder führte das migrantisch situierte Wissen während der Mordserie zu Ermittlungen gegen diese Netzwerke, noch flossen diese Erkenntnisse als gerichtsrelevant in den NSU-Strafprozess vor dem Oberlandesgericht in München ein. Im Gegenteil bedeutete die faktische Straffreiheit, die sich in den milden Urteilen gegen die angeklagten Neonazis spiegelte, sowie das konsequente Heraushalten des Umfelds des NSU durch die Bundesanwaltschaft und den leitenden Richter während der fünfjährigen Verhandlung, ein – wie es die Nebenklagevertretung formulierte, – »Signal an die Nazi-Szene«, unbehelligt weiter morden zu können.

Nur einige Monate nach Prozessende im Sommer 2018 erfolgte die Ermordung des Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke aus offenkundig denselben Seilschaften wie der Mord an Halit Yozgat 13 Jahre zuvor. Dies kann als Antwort auf das Urteil gesehen werden, dass das Signal verstanden wurde. Es ist die gleiche Antwort, wie es die Gründung des Thüringischen Heimatschutz (THS) und die Gründung des NSU auf das

Klima der Straffreiheit nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen war.⁸ Unser Kollektiv Dostluk Sineması schrieb 2014 dazu: »Gleichzeitig war dies [Pogrome und Grundgesetzänderung] auch der Kontext, in welchem die Mitglieder des NSU und ihre Unterstützer*innen politisch sozialisiert worden waren. Sie hatten den rassistischen Konsens von Staat und Mehrheitsgesellschaft und die faktische Straffreiheit für rassistische Gewalt erlebt und Fantasien von der Auslöschung migrantischer Lebensweisen und -räume entwickelt. Der NSU, genährt durch neuere Strategien der führerlosen klandestinen Zellenbildungen, wie sie in der Naziszene der Folgejahre propagiert wurden, ist eine Konsequenz aus der erfolgreichen rassistischen Hetze der frühen 1990er Jahre.«⁹

Das Tribunal »NSU-Komplex auflösen«

Die Zentralität der Betroffenen und ihrem situierten Wissen wurde zur allgemeinen Perspektive der bundesweiten Solidaritätsarbeit, die nicht nur die migrantischen Selbstorganisationen einnahmen, sondern auch die ältere Antira-Szene und die jüngere Antifa-Szene aus Ost und West zusammenbrachte. Alle diese Strömungen waren, wie es in der Einleitung zu diesem Buch bereits beschrieben wird, unmittelbare Ergebnisse der Situation nach 1989 und eine Reaktion auf den offenen Rassismus in den Postwendejahren. Die Arbeitsteilung dieser drei Bewegungen, die in den unterschiedlichen politischen Zugängen begründet lag – Anti-Nazi Kampf, Solidarität mit und Hilfe für entrechtete Migrant*innen sowie migrantische Selbstorganisation – wurde nun vielleicht zum ersten Mal in der postmigrantischen Ära nach dem

Mauerfall streckenweise überwunden. Diese Haltung, die in einem Bekenntnis zur Gesellschaft der Vielen begründet liegt, das seinen Ausgangspunkt aus den Kämpfen der Migration und dem migrantisch situierten Wissen nimmt, entfaltete eine starke Dynamik und eine große Anziehungskraft. Gemeinsam wurde in dieser Haltung die Idee eines zivilgesellschaftlichen Tribunals entwickelt.

Das Tribunal »NSU-Komplex auflösen« vereinte seit 2015 neben den genannten Strömungen auch generationale und regionale Trennungen, vor allem aber sahen immer mehr Betroffene aus ganz anderen historischen Perioden in dieser Arbeit einen geeigneten Ort, ihre Geschichten zu erzählen. So schlossen sich Initiativen und Selbstorganisationen aus aktuellen Refugee-Kämpfen der bundesweiten Organisation an, wie etwa die Oury Jalloh Initiative, die seit 15 Jahren den Tod des Geflüchteten aus Sierra Leone in einer Gewahrsamszelle der Polizei in Dessau aufklären und als Mord anprangern. Aber auch Angehörige von Opfern rassistischer Gewalt aus den 1980er Jahren wurden Teil des bundesweiten Tribunalzusammenhangs, wie die Witwe des 1982 in Hamburg von Skinheads ermordeten Ramazan Avci oder die überlebenden Schwestern der Familie Satir, die bei einem Brandanschlag 1984 in Duisburg sieben Familienangehörige verloren.¹⁰ Ebenso nutzten Angehörige von Semra Ertan, die sich 1982 in Hamburg aus Protest auf offener Straße selbst verbrannte, das Tribunal, um die Erinnerung an die Dichterin und ihren Kampf gegen Rassismus in den frühen 1980er Jahren wach zu halten.¹¹

Mit ihren Perspektiven gelang es, die Zäsur, die der Mauerfall in die Erinnerung an migrantisches Leben, Kämpfe und Niederlagen geschlagen hatte, zu überwinden und Kontinuitäten des Rassismus in der Geschichte

der Einwanderung nach Deutschland zu thematisieren.

Das Tribunal formulierte ausgehend von dem migrantisch situierten Wissen um Rassismus in der Migrationsgeschichte drei Klagen. Mit der Wehklage um die Opfer des Rassismus wurde eine multidirektionale Erinnerungsarbeit geleistet, die Betroffenen den Raum gab, das ihnen zugefügte Unrecht hörbar zu artikulieren und ihren Schmerz und ihre Wut zu teilen.

Die Erinnerungsarbeit, die sich auch in Projekten, Ausstellungen, Publikationen, Gedenktafeln, Straßenumbenennungen und Mahnmalen manifestierte, war die Grundlage, den nächsten Schritt zu gehen. Das 2017 realisierte fünftägige Tribunal am Schauspiel Köln unweit der Keupstraße präsentierte eine Anklageschrift in der Verantwortliche für den NSU-Komplex benannt und mit recherchierten Fakten angeklagt wurden.¹² Unter den fast 100 Angeklagten befinden sich neben Neo-Nazis aus dem NSU-Netzwerk und darin agierende Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes und deren Vorgesetzte auch damals ermittelnde Polizeibeamte, Staatsanwälte, Politiker*innen, Journalist*innen und politische Bildner*innen, die an den Taten, ihrer Verharmlosung und Vertuschung und an der Opfer-Täter-Umkehr mitgewirkt hatten. Im Gegensatz zu historischen Vorläufern wie dem »Russell-Tribunal« zum Vietnamkrieg oder dem »Kongo Tribunal« von Milo Rau verzichtete das NSU-Tribunal bewusst auf ein Urteil und übergab die Anklage symbolisch der Gesellschaft, auf dass sie ein Urteil finden möge.

Die dritte Klage trat hervor aus dem beständigen Streben von Migrant*innen gegen die schlechten Verhältnisse und für ein gutes Leben in diesem Land. So ließ – ähnlich wie es die Gruppe Kanak Attak in ihrer History

Revue »Opel – Pitbull – Autoput« 2001 an der Volksbühne vormachte – das Tribunal die Geschichte der Gast- und Vertragsarbeit in der BRD und DDR thematisieren mit ihren Kämpfen um politische, ökonomische und kulturelle Rechte. Das Tribunal zeigte, wie eine rassistische Konjunktur nach der anderen seit Beginn der Migration nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte, Migrant*innen zu entrechten und auszubeuten. Es zeigte aber auch in ähnlicher Weise wie 20 Jahre zuvor Kanak Attak, wie der Kampf um Rechte Deutschland nachhaltig pluralisierte, demokratisierte und unwiderruflich transformierte. Weder der Versuch der Rückführung der Gastarbeiter*innen in den 1970er Jahren, noch der Plan der Regierung Kohl in den 1980ern, die Zahl der Türken in der BRD zu halbieren, weder die Politik der Segregation der Vertragsarbeiter*innen von der deutschen Bevölkerung in der DDR, noch die massive rassistische Gewalt in den 1990er Jahren, auch nicht die Mord- und Anschlagserie des NSU und die staatliche Kollusion in den 2000er Jahren oder der neu entflammte Rassismus, der dem »Sommer der Migration« nach 2015 folgte, schafften es, die Migrationisierung des Landes und die Transformation Deutschlands in eine Gesellschaft der Vielen zu verhindern. Trotz aller historischen Niederlagen, erlittener Gewalt und zahllosen Verletzungen wurde dieses Zeichen der Selbstermächtigung aufgegriffen. Die dritte Klage war folglich das Einklagen einer postmigrantischen Realität, die zwar immer auch schon da war, aber sich gegenwärtig dennoch in nie dagewesener Macht realisiert zeigt. Die Familien der Opfer und die Betroffenen haben sich nicht vertreiben lassen, ebenso wenig wie die Interviewten in »Duvarlar – Mauern – Walls«, die vor 30 Jahren laut darüber nachdachten, ob sie trotz der Gewalt,

die durch den Mauerfall gegen sie freigesetzt wurde, in Deutschland bleiben könnten. Sie teilen das, was Masliya M., die Tochter des Ladenbesitzers in der Kölner Probsteigasse, die noch als Mädchen Anfang 2000 von einer Sprengfalle des NSU schwerst verletzt wurde, vor dem OLG in München wütend deutlich machte: »Was soll ich denn noch hier, habe ich gedacht. Ich habe mir so viel Mühe gegeben, Abi und Studium hingelegt, bin perfekt integriert – aber, wenn man mich so anfeindet, so bekämpft, was soll man dann machen? Ich habe gedacht: Jetzt erst recht, so leicht lasse ich mich nicht aus Deutschland verjagen.«¹³

Von Keupstraße bis Chemnitz

Als im November 2019 das dritte NSU-Tribunal in Chemnitz und Zwickau stattfand, schien sich ein Kreis zu schließen. 30 Jahre nach dem Mauerfall meldete sich eine selbstbewusste Nachwendegeneration zu Wort und entwickelte unter dem Motto »der Osten bleibt migrantisch« ein neues Bild der DDR, in der internationale Studierende und sogenannte ausländische Werk tätige dem behördlichen wie alltäglichen Rassismus eigensinnig entgegentraten und wie schon die Gastarbeiter*innen in der BRD eine Vielzahl von Taktiken des Überlebens und der Resilienz entwickelten und ihre Spuren in der Gesellschaft hinterließen.¹⁴ Auf der Bühne in Chemnitz unterhielten sich Mitat Özdemir, Kiosk-Besitzer auf der Keupstraße und Begründer der Initiative Keupstraße ist überall und Ali Tulasoglu aus Chemnitz, Inhaber des 2018 niedergebrannten türkischen Restaurants Mangal, der Mitte der 1990er Jahre nach Sachsen ging, darüber, wie sie sich seit

Jahrzehnten ihren Platz erkämpften und wie sie ihn verteidigen werden.¹⁵ Am Ende betrat eine junge und vorwiegend weibliche ost-migrantische Generation die Bühne, die vielschichtig ihre eigenen Geschichten und die ihrer Eltern erzählte und eine neue ost-kanakische Identität einforderte und verkörperte. 30 Jahre NSU-Komplex, das fortgesetzte und ungesühnte Morden der Nazis und der nichtreformierbare institutionelle Rassismus in den Behörden haben es nicht vermocht, migrantische Communities dauerhaft zu schwächen, ihre Sesshaftwerdung zu verhindern und die wachsende gesellschaftliche Solidarität zu zerstören. Während mit jedem rassistischen Anschlag die Polizeibefugnisse ausgeweitet, die Geheimdienste aufgerüstet und die Grundrechte abgebaut werden, wächst auf der anderen Seite ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer inklusiven und solidarischen Gesellschaft. Sie lässt jene Angriffe wie einen verzweifelten Versuch aussehen, sich an eine abgewirtschaftete homogene, patriarchale, hierarchische und rassistische Ordnung zu klammern mit der Fantasie, die demokratischen Transformationsprozesse einer postmigrantischen Gesellschaft der Vielen aufhalten zu können.

Yalla, yalla, Migrantifa

Das Urteil im NSU-Verfahren steht symbolisch für eine neue Konjunktur rassistischen Terrorismus, die sich an den Menschenjagden und Brandanschlägen in Chemnitz 2018 und anderenorts zeigt, ebenso an dem Mord an Walter Lübcke, an dem geplanten antisemitischen und rassistischen Massenmord von Halle an Yom Kippur 2019 mit zwei Todesopfern oder an dem Massenmord an neun jungen Shisha-Bar-Besucher*innen

im Februar 2020 in Hanau. Auch die relativ frei agierenden terroristischen Netzwerke in den Spezialeinheiten von Bundeswehr und Polizei, die Sprengstoff und Waffen horten und Todeslisten und Anschlagpläne führen, sowie die ungebrochene Rolle der Geheimdienste, die eng an diese Netzwerke angebunden sind, machen deutlich, dass der Demokratisierungsimperativ der postmigrantischen Gesellschaft der Vielen nach wie vor bedroht wird und wir noch viele Opfer zu beklagen haben werden.

Dennoch besitzt auch die gesellschaftliche Solidarität eine bisher nicht gekannte Qualität und Stärke, die sich etwa in den Reaktionen auf die Morde in Hanau zeigte. Was im NSU-Komplex Jahre des Empowerments und der gegenseitigen Bestärkung der Betroffenen brauchte, bei anderen Fällen wie dem Brandanschlag in Duisburg oder dem Mord an Ramazan Avci gar Jahrzehnte, gelang den Familien der Opfer von Hanau und den mit ihnen solidarischen Menschen innerhalb weniger Stunden: Sofort wurde den Familienangehörigen und Freund*innen der ermordeten Jugendlichen eine zentrale Bedeutung zugesprochen, sie wurden einbezogen, man lernte sich kennen, ihrem Schmerz wurde Gehör verschafft und ihre Einschätzungen und Forderungen an erste Stelle gesetzt. Zwar versuchte die Politik ihnen in alter Manier den Platz als Statist*innen zuzuweisen, indem sie etwa dem Vater des ermordeten Ferhat Unvar den Zutritt auf die am Abend nach dem Terroranschlag hastig gebaute Bühne auf dem zentralen Platz von Hanau verweigerte. Neben dem Bundespräsidenten, dem hessischen Ministerpräsidenten und dem Bürgermeister der Stadt sollten die Betroffenen nicht sprechen dürfen. Ferhat Unvars Vater wurde gesagt, »die Bühne ist voll«. Die offizielle Verlautbarung der ersten

Stunden lautete entsprechend, dass die Tat »unerklärlich« sei, wie es Frank-Walter Steinmeier an diesem Abend formulierte. Doch bereits am nächsten Tag meldeten sich die Stimmen der Betroffenen lautstark zu Wort und fanden breite Resonanz in den Medien und dann auch im politischen Diskurs. Für Serpil Temiz, die Mutter von Ferhat, war der Anschlag nicht unerklärlich: »Mein Kind soll nicht für nichts gestorben sein. Der Rassismus soll keine andere Familie mehr zerstören.« Dass Rassismus als Tatmotiv genannt wurde, war Ausdruck einer Verschiebung der letzten Jahre im öffentlichen Diskurs zum migrantisch situierten Wissen. Als nur drei Tage nach den Morden in Hanau eine große Trauerkundgebung und Demonstration stattfanden, waren alle Initiativen und viele Angehörige von Opfern rassistischer Gewalt aus dem NSU-Komplex und anderen Anschlügen vor Ort und verbündeten sich mit den Hanauer*innen. Die These vom Einzel Täter, dessen Akte nach seiner Selbsttötung im Grunde geschlossen werden könne, wie es die Bundesanwaltschaft schnell nahelegte, kam nicht durch und wurde zurückgenommen. Das allgemeine Wording, dem selbst der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier folgte, der nur Jahre zuvor die Akten zum NSU auf Jahrzehnte sperren ließ und der den Verfassungsschützer Andreas Temme, der beim Mord an Halit Yozgat am Tatort zugegen war, vor polizeilichen Ermittlungen schützte, lautete nun »rassistischer Anschlag«. Dies markiert ein gesellschaftliches Bewusstsein, das die Keupstraße und alle anderen sich organisierenden Betroffenen von Rassismus gegen diese Strukturen und ihre Verantwortlichen erkämpfen mussten, und das Politiker*innen und Behörden nun nicht mehr ohne weiteres übergehen konnten.

Seit 2012 verstärkten sich die Kämpfe von Geflüchteten aus den Kriegsgebieten des Mittleren Osten, die ihre vielfältigen Erfahrungen des demokratischen Aufbruchs aus dem »Arabischen Frühling« nach Europa brachten. So kam zur Zentralität des situierten Wissens der Betroffenen rassistischer Angriffe eine zweite migrantische Bewegung um soziale Rechte hinzu, die bis heute eine beispiellose Solidarität erzeugt hat. Und auch die hierzulande schon lange protestierenden Stimmen aus dem subsaharischen Raum wurden stärker sicht- und hörbar. 2012 erregte ein Marsch verschiedener Refugee-Gruppen von Wien nach Berlin und die mehrmonatige Besetzung des Oranienplatzes in Berlin-Kreuzberg die öffentliche Debatte. Europaweit agierende Netzwerke wie das Afrique-Europe Interact, die Gruppe Lampedusa oder die Coalition Internationale des Sans-Papiers et des Migrants (CISPM) organisierten Konferenzen und Camps und führten unzählige Aktionen durch. Selbstorganisierte feministische Gruppen wie der International Women Space oder Women in Exile formierten sich und suchten den Dialog mit älteren Generationen von Migrantinnen, ehemaligen Gast- und Vertragsarbeiterinnen, um von ihren Kämpfen aus vergangenen Etappen zu lernen.¹⁶ Dies führte zu einem Repolitisierungsschub in den in die Jahre gekommenen Strukturen migrantischer Selbstorganisationen. Ein transnationaler Zusammenschluss von Geflüchteten und solidarischen Menschen gründete das Alarmphone Watch the Med und die ersten Seenotrettungsgruppen, die das Sterben an den EU-Außengrenzen, vor allem im Mittelmeer skandalisierten und dagegen intervenierten. 2015 erzwangen schließlich knapp eine Million Geflüchtete eine Passage von Griechenland über die Balkanroute nach

Deutschland und andere Länder des Nordens und erinnerten Europa nicht nur an seine postkoloniale Verantwortung, sondern auch an sein demokratisches Versprechen. Als Antwort auf nationalistische Schließungen erzeugte der sogenannte ›Sommer der Migration‹ einen gewaltigen Affekt der Solidarität. In einer historisch nie dagewesenen Dimension organisierten Millionen von Alteingesessenen vielfältige Formen eines postmigrantischen Kommunitarismus, der Teilhabe, Vielheit, Empathie und Gerechtigkeit evozierte. In zivilgesellschaftlicher Autonomie bildeten sich in Abkehr von staatlichen Strukturen neue Lebensweisen aus, die mit der Rückgewinnung des öffentlichen Raums einhergingen. In der Selbstorganisation der nachbarschaftlichen oder lokalen Belange, an der laut Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung bis heute mehrere Millionen Menschen engagiert sind, werden die ›eigenen‹ und die ›fremden‹ Bedürfnisse auf inklusive Art in ein Verhältnis zueinander gestellt. Im Gegensatz zu der rassistischen Konjunktur nach dem Mauerfall in den frühen 1990er Jahren, mit den täglichen Brandanschlägen und den vielen Toten, gibt es heute in wirklich jedem noch so kleinen Ort Menschen, die es als eine Bereicherung empfinden, wenn Leute zu ihnen kommen, die ihnen als fremd erscheinen. In der Öffnung des sozialen Raums findet eine umfassende Demokratisierung statt, die sich ganz grundsätzlich und auch gegenseitig fragt: »Wie wollen wir zusammenleben?« International erklärten sich eine Vielzahl von Städten und Kommunen zu sicheren Häfen und Orten der Zuflucht. Die aus den Bewegungen der illegalisierten Migrant*innen in den USA entstandenen Sanctuary Cities waren die demokratische Antwort postmigrantischer Gesellschaften

auf nationale Abschottungspolitiken und auf die Entrechtung von Migrant*innen und Persons of Color und spiegelten eine weltweite Bezogenheit der Kämpfe aufeinander. Dass diese unhintergebar geworden ist zeigte zuletzt die weltweite Rebellion der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung unter dem Hashtag Black Lives Matter nach der Ermordung von George Floyd in Minneapolis durch einen weißen Polizisten.

Selbstbewusster Ausdruck der migrantischen Bürgerrechtsbewegung in Deutschland waren die jährlichen We'll come united-Paraden seit 2017, die 2018 in Hamburg mit 35.000 Teilnehmenden die bislang größten migrantisch selbstorganisierten Demonstrationen in diesem Land darstellten. Mit dabei waren viele Angehörige von Opfern und deren Initiativen, die das Tribunal »NSU-Komplex auflösen« mitgeprägt hatten. Als sich 2019 in Dresden das bundesweite Antifa-Netzwerk NIKA bewusst in diese migrantische Perspektive stellte, schien die arbeitsteilige Trennung von Antira, Antifa und migrantischer sowie Geflüchteten-Selbstorganisation auch auf der Straße zum ersten Mal überwunden. Was seit der Hoyerswerda-Demonstration von 1991 und der Zerschlagung von Antifa Gençlik immer wieder scheiterte, schien plötzlich greifbar zu werden. Aktivist*innen der Refugee-Bewegung riefen zur antifaschistischen Selbstverteidigung auf, Antifas orientierten sich an migrantisch situiertem Wissen und breite Solidaritätsnetzwerke ließen sich von diesen Haltungen affizieren.

Das Bündnis fasste diesen Impuls unter dem gefundenen Begriff »Migrantifa« zusammen. Das Wort Migrantifa wurde zum viralen Hashtag der Kämpfe der Refugee-Bewegung und des antirassistischen Dreiklangs des NSU-Tribunals: ausgehend von den Betroffenen

von Rassismus die Opfer beklagen, Rassist*innen anklagen und umfassende Rechte für eine Gesellschaft der Vielen einklagen.

Anmerkungen

1 Sinemasi, Dostluk (Hrsg.), Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße und die Pogrome der 1990er Jahre, Köln 2014. Die vollständige Publikation ist auf der Website *Erinnern stören* einsehbar.

2 Der Flyer zur Veranstaltungsreihe ist online abrufbar unter: http://www.campus-gruen.uni-koeln.de/wp-content/uploads/2013/02/Von_Mauerfall_bis_Nagelbombe_Web.pdf [letzter Zugriff: 23.07.2020].

3 Vgl. das Interview des Kollektivs mit Emmanuel Adu Agyema in diesem Buch.

4 Zum migrantisch situierten Wissen in der Zeit vor dem Mauerfall vgl. Ceren Türkmen's Beitrag in diesem Buch.

5 Vgl. den Film *Der Kuaför* auf der Keupstraße (Andreas Maus, 2015).

6 Vgl. Kubaşık, Gamze, »Ich will nicht ewig Opfer sein«, in: John, Barbara (Hrsg.), *Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet*, Freiburg 2014, S. 121–134.

7 Zur tragenden Rolle des Verfassungsschutzes in den militanten Nazi-Netzwerken vor allem in den neuen Bundesländern, auf der »Experimentierbaustelle Ost«, wie es der VS selbst nannte, vgl. Aust, Stefan / Laabs, Dirk, *Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU*. Berlin 2014. Vgl. auch Perinelli, Massimo, »Situierendes Wissen vs. korrumpiertes Wissen«, in: Dunkel, Barbara /

Gollasch, Christoph / Padberg, Kai (Hrsg.), *Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen*, Berlin 2019. S. 101–124.

8 Der THS setzte sich aus Mitgliedern des NPD-Landesvorstands und verschiedenen freien Kameradschaften zusammen und stand unter intensiver Betreuung des Thüringischen Landesamts sowie des Bundesamts für Verfassungsschutzes, ebenso wie sein Netzwerk *Blood & Honor*, das durch die Anwerbung ihrer Kader als V-Personen in dieser Zeit quasi verstaatlicht wurde.

9 Von Mauerfall bis Nagelbombe, S. 38.

10 Vgl. den Beitrag zu dem Brandanschlag in Duisburg 1984 von Ceren Türkmen in diesem Buch.

11 Vgl. Ertan, Semra, *Mein Name ist Ausländer. Benim Adım Yabancı*. Münster 2020.

12 Vgl. »Wir klagen an! Anklage des Tribunals »NSU-Komplex auflösen««, 2017. Online abrufbar unter: <https://www.nsu-tribunal.de/anklage/> [letzter Zugriff: 23.07.2020].

13 Vgl. »NSU-Prozess. Gerichtssaal Protokoll: 118. Verhandlungstag«, 4.6.2014. Online abrufbar unter: <https://www.br.de/nachricht/nsu-prozess/140604-gerichtssaal-protokoll-saalinformation-100.html> [letzter Zugriff: 23.07.2020].

14 Das Programm des dritten NSU-Tribunals ist online abrufbar unter: <https://www.nsu-tribunal.de/chemnitz-zwickau/> [letzter Zugriff: 23.07.2020].

15 Vgl. das Interview mit Ali Tulasoglu auf der Website des Projekts *Erinnern stören*.

16 Vgl. die Publikation der gleichnamigen Frauenkonferenz des International Women Space (Hrsg.), »Als ich nach Deutschland kam.« *Gespräche über Vertragsarbeit, Gastarbeit, Flucht, Rassismus und feministische Kämpfe*, Münster 2019.

